

## Der Vorsitzende informiert

### Mordversuch an Gerichtsvollzieher

Liebe  
Kolleginnen  
und  
Kollegen!

**Der Versuch, 150 Euro Schulden einzutreiben, hat einen Gerichtsvollzieher in Ansfelden (Bezirk Linz-Land) mittwochabends in Lebensgefahr gebracht.**



Ein 40-jähriger Diplomingenieur verletzte ihn mit 17 Stichen in den Oberkörper. Unser Kollege musste einer dreistündigen Notoperation unterzogen werden, die Lebensgefahr ist aber gebannt.

Der tragische Vorfall hat nicht nur große Betroffenheit und mediales Echo ausgelöst, sondern auch eine Welle der Empörung hervorgerufen.

Unser erster Gedanke gilt natürlich dem Kollegen und seiner Familie. Wir wünschen ihm eine rasche Genesung.

#### Schwieriger Beruf

Der Vorfall zeigt einmal mehr, wie schwierig der Beruf des Gerichtsvollziehers ist.

Mir ist bewusst, dass man derartige Vorfälle auch mit der besten Schulung und Ausrüstung nicht verhindern kann. Ich verweise aber trotzdem auf die Fürsorgeverpflichtung des Dienstgebers, seine Bediensteten bestmöglich zu schützen und der erforderlichen persönlichen Ausrüstung aber auch die erforderlichen Schulungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

#### Sofortmaßnahmen vereinbart

Noch in der Nacht konnte ich sehr konstruktive Gespräche mit dem Präsidium des Oberlandesgerichtes über ein Sofortmaßnahmenpaket führen.

Unter Einbeziehung von Spezialisten der Exekutive und Sicherheitsdirektionen werden folgende Sofortmaßnahmen für den Sprengel des Oberlandesgerichtes Linz getroffen:

1. Als **persönliche Schutzausrüstung** werden für die **GerichtsvollzieherInnen** **Schutzwesten** (welche auch leicht unter der Kleidung getragen werden können) und **Pfeffersprays** angekauft.

2. Im Rahmen eines Fortbildungskurses sollen Seminare zur **Selbstverteidigung** und **Konfliktlösung** angeboten werden.

3. *Alle Sicherheitsdienststellen werden angewiesen, GerichtsvollzieherInnen im Bedarfsfall jederzeit eine professionelle Hilfestellung bei der "Gefahreinschätzung" durch die Polizeiinspektionen zu geben.*

Es ist mir bewusst, dass die vereinbarten Maßnahmen sprichwörtlich nur "ein Tropfen auf dem heißen Stein" sein können.

Jetzt ist jedenfalls das Justizministerium gefordert, bundesweite Überlegungen anzustellen.

Genügend Personal, faire Arbeitsbedingungen und Sicherheit am Arbeitsplatz sind langjährige Forderungen der Personalvertretung.

Sobald weitere Informationen vorliegen, werde ich Sie unverzüglich informieren.

Für weitere Fragen stehe ich gerne unter der Tel. Nr. 0732/7601\*11111 oder Mobil 0676/8989 41 111 zur Verfügung.

Mit den besten Grüßen!



Werner Gschwandtner

*Wir tun's. Für alle!*